

Wahlprüfsteine der Architektinnen und Architekten in Rheinland-Pfalz

1. Planung ist wertvoll

Antwort:

Gute Planung ist für uns ein zentraler Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Ob Wohnungsbau, Infrastruktur oder klimaresiliente Kommunen: die Qualität der Planung entscheidet über Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz von Bauprojekten. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich eine Vergabe im Ideen- und Qualitätswettbewerb statt im reinen Preiswettbewerb. Gute Lösungen für eine zukunftsorientierte Stadt- und Dorfentwicklung entstehen nicht durch das billigste Angebot, sondern durch überzeugende Konzepte. Konzeptvergaben mit klaren sozialen und ökologischen Kriterien wollen wir deshalb weiter stärken.

Die vielen kleinen und mittleren Planungsbüros in Rheinland-Pfalz sind das Rückgrat der Baukultur im Land. Am Grundsatz der losweisen Vergabe halten wir fest, weil er Mittelstand, regionale Wertschöpfung und Fachkompetenz in der Fläche sichert. Unser Ziel ist eine Balance: kommunale Handlungsfähigkeit stärken, ohne die mittelständischen Strukturen zu gefährden.

Eine zentrale Voraussetzung für gutes Planen und Bauen ist die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen. Die angespannte Haushaltslage kann nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen bewältigt werden. Die Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs 2026 wird zeigen, wie die Bedarfe künftig noch besser abgedeckt werden können.

Zugleich muss die öffentliche Hand Innovationstreiberin sein. Wir wollen innovative Bauprojekte gezielt unterstützen, etwa Modellprojekte des Gebäudetyps E, bei denen geprüft wird, welche Standards kostensenkend angepasst werden können, ohne Klima- und Umweltschutzziele aufzugeben. Auch Holzbau, serielle und modulare Bauweisen sowie die Stärkung des Forschungsstandorts Rheinland-Pfalz im Baubereich gehören für uns dazu.

2. Bestand schätzen – Ressource schonen

Antwort:

Für uns hat die effizientere Nutzung des Gebäudebestands höchste Priorität. Der Bausektor trägt erheblich zu Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch bei. Wer Klimaneutralität bis 2040 ernst nimmt, muss Sanierung, Umbau und Umnutzung konsequent vor Neubau auf der grünen Wiese stellen. Deshalb unterstützen wir

ausdrücklich die Forderung, Leerstand als Ressource zu begreifen, den Bestand zu ertüchtigen und Innenentwicklung zu stärken.

Wir wollen eine Umbauprämie einführen, baurechtliche Hürden weiter absenken und Umbau sowie Aufstockung in der sozialen Wohnraumförderung stärker berücksichtigen. Gerade für ältere Menschen sollen Umbau und Teilung von Wohnraum durch Darlehen und Bürgschaften des Landes erleichtert werden. Kommunen wollen wir beim Aufbau von Leerstandskatastern unterstützen und Instrumente gegen spekulativen Leerstand stärken.

Innenentwicklung ist für uns nicht nur ein städtebauliches Prinzip, sondern auch ein wirtschaftlicher und ökologischer Wertschöpfungsfaktor. Deshalb halten wir am Grundsatz „Innen vor Außen“ fest. Flächenneuinanspruchnahme muss reduziert und vorhandene Potenziale wie Baulücken, Brachflächen oder Konversionsareale konsequent genutzt werden.

Zugleich wollen wir die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen voranbringen. Der Einsatz recycelter Baustoffe und wiederverwendeter Bauelemente muss deutlich steigen, etwa durch höhere Rezyklatanteile bei öffentlichen Vergaben. Internationale Beispiele zeigen, dass Lebenszyklusbetrachtungen und klare CO₂-Grenzwerte starke Anreize für Umbau und ReUse setzen können. Auch in Rheinland-Pfalz wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die ressourcenschonendes Bauen attraktiver machen.

Bestandsnutzung, Flächensparen und Kreislaufwirtschaft sind für uns keine Nischenpolitik, sondern Kern einer modernen Bau- und Klimapolitik. Wer Ressourcen schont, schützt Klima, Natur und kommunale Haushalte gleichermaßen.

3. Planen - Genehmigen - Bauen

Antwort:

Wir teilen die Einschätzung, dass Planungs- und Genehmigungsprozesse schneller und effizienter werden müssen. Überlange Verfahren und Personalknappheit bremsen Investitionen und führen zu Frustration, sowohl bei Bauwilligen als auch in den Verwaltungen. Deshalb unterstützen wir die Verschlinkung von Genehmigungsverfahren und den Abbau von Mehrfachprüfungen ausdrücklich.

Gleichzeitig gilt für uns: Bürokratieabbau darf nicht zu einem Abbau von Umwelt-, Klima- oder Verbraucherschutzstandards führen. Unser Ansatz ist es, gemeinsam mit Praktiker:innen aus Planung, Bau und Verwaltung zu prüfen, wo Verfahren vereinfacht, gebündelt oder standardisiert werden können, ohne inhaltliche Schutzstandards zu schwächen.

Ein wichtiger Hebel ist die Stärkung serieller und typisierter Lösungen, etwa durch mehr Typengenehmigungen. Wiederkehrende Bauaufgaben, beispielsweise im Schul- oder Wohnungsbau, können so schneller umgesetzt werden. Auch der Gebäudetyp E bietet die Chance, Planungsfreiheit zu erweitern und Kosten zu senken, ohne die Gebrauchstauglichkeit von Gebäuden zu gefährden.

Entscheidend ist zudem eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung. Wir setzen uns für die konsequente Besetzung offener Stellen mit Fachkräften ein und wollen die Verwaltung durch Digitalisierung und Automatisierung wirkungsvoller machen. Effizientere Verfahren, klare Zuständigkeiten und moderne Verwaltungsstrukturen sind für uns der Schlüssel, um Planen, Genehmigen und Bauen zukunftsfähig aufzustellen: schneller, aber weiterhin verantwortungsvoll und qualitätsorientiert.

4. Wohnen bezahlbar machen

Antwort:

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Trotz guter Förderbedingungen wird der Wohnraumbedarf in vielen Regionen des Landes nicht gedeckt. Steigende Baukosten und hohe Standards verteuern Neubau zunehmend. Deshalb unterstützen wir die Forderung, Umnutzungs- und Aufstockungspotenziale konsequent zu fördern. Mit einer Umbauprämie, der Stärkung entsprechender Förderprogramme und dem Abbau unnötiger Hürden wollen wir zusätzlichen Wohnraum vor allem im Bestand schaffen.

Auch Modellprojekte des Gebäudetyps E wollen wir als Land aktiv begleiten. Ziel ist es, Standards kritisch zu überprüfen und kostentreibende Regelungen abzubauen, ohne Klima-, Umwelt- oder Sicherheitsanforderungen zu vernachlässigen. Einfacher und günstiger zu bauen bedeutet nicht, schlechter zu bauen, sondern klüger, effizienter und ressourcenschonender.

Genossenschaftliche Modelle und gemeinschaftliche Wohnformen wollen wir gezielt stärken. Die Unterstützung beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen kann helfen, finanzielle Einstiegshürden zu senken und langfristig stabile, gemeinwohlorientierte Wohnstrukturen zu sichern. Gleichzeitig setzen wir auf Wohnraumsuffizienz und eine effizientere Nutzung des vorhandenen Bestands, etwa durch Beratung, Förderung von Wohnungsteilung und konsequente Bekämpfung von Leerstand.

Am Grundsatz „Innen vor Außen“ halten wir fest. Vorrang haben die Entwicklung bestehender Flächen, die Aktivierung von Leerständen sowie die Nutzung brachliegender Industrie- und Gewerbeflächen. Darüber hinaus wollen wir die Rolle des Landes in einer aktiven Bodenpolitik durch eine Landesentwicklungsgesellschaft

stärken. Diese soll Flächen für die öffentliche Hand sichern und für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Denkbar ist dabei auch die Unterstützung kommunaler oder regionaler Bodenfonds. Freiwerdende Landesliegenschaften sollen gezielt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum genutzt werden.

Eine pauschale Abschaffung der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb sehen wir allerdings kritisch. Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen werden dadurch nicht gezielt entlastet. Stattdessen würden Kaufpreise weiter angeheizt und Einnahmen gemindert werden, die für kommunale Investitionen benötigt werden. Stattdessen setzen wir auf gezielte Förderung von bezahlbarem Wohnraum, um Wohnen langfristig gerechter zu machen.

5. Strukturen zukunftsfähig gestalten

Antwort:

Die stärkere Bündelung von Zuständigkeiten im Bereich Landesentwicklung, Städtebau und Wohnraumförderung ist eine wiederkehrende Debatte. Bereits vor der letzten Landtagswahl wurde die Einrichtung eines eigenen Ausschusses für Planen und Bauen parteiübergreifend offen diskutiert. Entscheidend ist aus unserer Sicht weniger die formale Struktur als die tatsächliche ressortübergreifende Zusammenarbeit und strategische Abstimmung.

Für uns steht im Mittelpunkt, Entscheidungsstrukturen so weiterzuentwickeln, dass nachhaltige Entwicklung ganzheitlich gedacht wird: von der Bodenpolitik über die Wohnraumförderung bis hin zu Klima- und Ressourcenschutz. Dazu gehören moderne Verwaltungsprozesse, digitale Vernetzung und eine klare strategische Steuerung auf Landesebene.

Zukunftsfähige Strukturen bedeuten für uns: weniger Reibungsverluste zwischen Ressorts, mehr Koordination und eine Verwaltung, die auch unter schwierigen demografischen Bedingungen handlungsfähig bleibt.